

Elend und Überlebensnot

Cevahir Hopf-Ünlütepe

Geflüchtete auf der sogenannten Balkanroute

Nicht nur über das Meer, sondern auch über das Land – längs der Balkanroute – fliehen Menschen nach Europa. Sehr häufig hängen sie in wilden Lagern an den Außengrenzen der Europäischen Union fest und werden Opfer rechtswidriger und gewalttätiger Pushbacks.

Die Balkanroute – bekannt seitdem „March of Hope 2015“ – beschreibt die Flüchtlingsroute von der Türkei über Griechenland nach Mitteleuropa. Damals ging die Hauptroute über Serbien und Ungarn nach Österreich. Später hat sich die Route von Serbien nach Nordmazedonien über Bosnien, Kroatien und Slowenien nach Italien oder Österreich verschoben, weil die Grenze zwischen Serbien und Ungarn geschlossen wurde. Eine verstärkte Militarisierung der EU-Außengrenzen und illegale Pushbacks gegen Geflüchtete werden immer häufiger bekannt. Die wachsende Abschottung hat zur Folge, dass sich die Route regelmäßig dynamisch verschiebt.

Illegale Pushbacks an der EU Außengrenze

Seit Jahren gibt es insbesondere Berichte über illegale „Pushbacks“ an der kroatischen EU-Außengrenze. Unter anderem im ARD-Magazin Monitor vom 7. Oktober 2021 wurde von schweren Misshandlungen von Flüchtlingen an der bestbewachten EU-Außengrenze in Kroatien berichtet. Nicht identifizierbare maskierte Menschen prügelten Geflüchtete an der sog. grünen Grenze zu Bosnien-Herzegowina in der Nähe von Velika Kladuša. Bei der sog. „Operation Korridor“ werden Familien mit fensterlosen Transportern in Kroatien aufgegriffen, an der Grenze im Wald abgesetzt und mit Schlagstöcken nach Bosnien zurückgetrieben. Dabei rufen sie den Menschen hinterher: „Go to Bosnien“. Nach der Art der Schlagstöcke und der Uniform soll das laut Auskunft kroatischer Beamter die kroatische Interventionspolizei sein, die sonst gegen Randalierer*innen bei Demonstrationen oder Fußballspielen eingesetzt wird. Das kroatische Innenministerium gibt sich unwissend. Die EU-Kommissarin Ylva Johansson betonte, dass dies jetzt genau untersucht werden soll.

Die EU hat Kroatien in den vergangenen Jahren für den Grenzschutz mehr als 110 Millionen Euro bereitgestellt (tagesschau.de: „Pushbacks“ in Kroatien, 07. Oktober 2021). Am 20. Oktober 2021 hat das Plenum des Europäischen Parlaments über Pushbacks debattiert. Die zuständige Kommissionsvertreterin Ylva Johansson kritisierte die aktuelle polnische Praxis und betonte, dass Pushbacks niemals normalisiert und legalisiert werden dürfen. Der Pushback-Bericht von Border Violence Monitoring, einem Netzwerk zivilgesellschaftlicher Akteure (www.border-violence.eu), vom September zeigt einen

deutlichen Trend zu sexueller Gewalt durch kroatische Beamte an der Grenze zu Bosnien-Herzegowina. Zudem starb ein Junge aus Afghanistan am 16. September 2021 bei dem Versuch von Serbien nach Kroatien zu gelangen. Der Europarat fordert das Ende der an mehreren Grenzen praktizierten Pushbacks. Es seien „Verstöße gegen die Menschenrechte und Flüchtlinge“ zu beobachten, sagt die Menschenrechtskommissarin der Straßburger Länderorganisation, Dunja Mijatovic, auf Spiegel.de am 21. Oktober 2021.

Aufruf von zivilgesellschaftlichen Organisationen

Auf der Facebook-Seite „SOS Balkanroute“ (www.facebook.com/SOSBalkanroute/) schreibt die österreichische zivile Organisation am 06. Oktober 2021: „Wie viele Beweise braucht es noch?“. Diese humanitäre Initiative sammelt Spenden für Flüchtlinge sowie notleidende Bewohner*innen und bringt diese mit einem Lkw nach Bosnien. In den Lagern in Kladuša und Cazin werden Lebensmittel verteilt, Medikamente ausgegeben; im Lager Bira gibt es Jacken und Decken. Auf der Facebook-Seite zeigen Bilder und Videos, wie Geflüchtete das Hab und Gut genommen und wie sie geschlagen werden. Die Menschen rufen in solchen Fällen die „SOS Balkanroute“ an und bitten um Hilfe. Dafür wurde die Organisation mit dem Ute-Bock Menschenrechtspreis für Zivilcourage von SOS Mitmensch ausgezeichnet. Das ist die höchste Auszeichnung für Flüchtlingshelfer*innen in Österreich.

Die Initiative der Balkanbrücke, Seebrücke und PRO Asyl forderten schon am 20. Januar 2021 in einer Pressemitteilung von ProAsyl, dass die gewaltsamen illegalen Pushbacks an den europäischen Außen-

grenzen gestoppt werden müssen (#WirhabenPlatz) und das Recht aller Menschen auf Zugang zu einem fairen Asylverfahren in der EU endlich eingehalten werden muss. Diesen Aufruf unterzeichneten zahlreiche regionale und überregionale Organisationen, unter anderem der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V. Die Forderung einer Landesaufnahmeaktion zugunsten von in Bosnien gestrandeter Geflüchteter, insbesondere Kinder, die der Flüchtlingsrat schon am 31. Dezember 2020 an die Landesregierung adressiert hatte, wurde allerdings nicht erhört.

Anlass des Appells war der Großbrand im Flüchtlingslager Lipa einen Tag vor Weihnachten am 23. Dezember 2020 in Bosnien-Herzegowina. Dieses Lager, ca. 25 Kilometer südöstlich von Bihac, wurde im Frühjahr 2020 errichtet, als die bosnischen Behörden die Schließung des Lagers Bira am Stadtrand von Bihać angeordnet hatten, damit die Geflüchteten und Migrant*innen aus dem Stadtbild im Nordwesten verschwinden. Der damalige Missionschef der Internationalen Organisation für Migration (IOM) Peter Van der Auweraert sagte in einem Interview mit der TAZ Online am 29. Dezember 2020, dass er die Verletzungen von Geflüchteten durch kroatische Grenzpolizisten nicht verifizieren könne und eine unabhängige Untersuchung durchgeführt werden soll.

Dynamische Entwicklung der Balkanroute

Die Journalistin und unabhängige Wissenschaftlerin Dr. Nidžara Ahmetašević ist Mitglied bei der „Are You Syrious“ – Gruppe (www.facebook.com/areyousyrious), die auf der sogenannten Balkanroute aktiv ist. Sie beschäftigt sich mit Demokratisierung und Medienentwicklung in der Post-Konflikt-Gesellschaft, Transitional Justice, Medien und politischer Propaganda, Menschenrechten und Migration. Am 10. Juli 2019 beschreibt sie in dem Artikel „Bosnien: Das Ende der Balkanroute“, dass die Strukturen in Bosnien sehr instabil und kompliziert seien und eine Grundversorgung der Geflüchteten nicht möglich sei. Verschiedene zivile Solidaritätsnetzwerke unterstützten schon lange die Bürger*innen in Bosnien und auch die Geflüchteten. Doch die Behörden konzentrieren sich nur auf die Registrierung und den Grenzschutz.

Im Jahr 2015 sind die Menschen auf dem Weg nach Westeuropa nicht über Bos-

nien geflohen. Die gefährlichen Waldwege voller Landminen aus dem Krieg und die wilden Tiere waren wohl der Grund. Nach dem EU-Türkei-Deal änderte sich die Situation. Ungarn und andere Staaten bauten unüberwindbare Grenzkontrollsysteme auf. Dazu kamen die Pushbacks und die brutale Gewalt der Grenzschutzbeamten. Hier wird die Abschottung Europas deutlich. Unter dieser Gesamtsituation leidet auch die Bevölkerung Bosniens, die durch Krieg gezeichnet ist, keine Zukunft in dem von chronischer Wirtschaftskrise und Korruption gekennzeichneten Land sieht und häufig selbst das Land verlassen möchte.

Nidžara Ahmetašević hatte schon lange vorher, am 7. August 2018, auf der Internetseite der Heinrich-Böll-Stiftung Deutschland über die Flüchtlinge in Bosnien und Herzegowina berichtet. Sie erzählt, dass damals das Gebiet um Velika Kladuša im Norden Bosniens von einem schweren Sturm überrascht worden war und für die Menschen das sumpfige Gebiet in der Nähe der Stadt zum reinsten Albtraum wurde. Weiterhin berichtete sie unter anderem von ungenügendem Essen, fehlender Elektrizität, unsicheren Duschen und Trinkwasseranlagen, insbesondere für Frauen, Zelten aus Plastikplanen und Gewalt. Der Umzug in das Gebäude Đački Dom sowie andere Flüchtlingslager wie das Camp Salakovac und die offizielle Unterkunft in der Gemeinde Lukavac führten auch nicht zu einer Verbesserung der Situation. Es gibt lediglich kleine Initiativen der lokalen Bevölkerung und von Aktivist*innen, um menschenwürdigere Lebensumstände zu schaffen.

Weiterhin berichtete Nidžara Ahmetašević in einem aktuellen Online-Artikel am 26. Mai 2021 auf der Internetseite von refugees-rights.eu mit dem Titel „Eine weitere Wendung entlang der Balkanroute“ über den Anstieg der Migration im Jahr 2020 in Rumänien um 238 Prozent. Dort erleben die Menschen auch Gewalt, Pushbacks und Kollektivausweisungen. Die Organisation Asylum Protection Center (APC; www.apc-cza.org/en/) zeichnet diese Fälle auf. In Timișoara sollen mindestens 300 Menschen auf der Straße leben. In Rumänien sind alle Aufnahmelager überfüllt und keine weiteren Menschen können mehr aufgenommen werden.

Anzahl der Toten steigt

Am 20. Oktober 2021 wurde die Leiche eines 19-jährigen im Grenzfluss zu Belarus von polnischen Taucher*innen gefunden. Damit sind inzwischen acht Menschen in den vergangenen Wochen dort bei dem Versuch gestorben in der EU Asyl zu beantragen, so berichtet politico.eu am 21. Oktober 2021. Die Geflüchteten sind zum Spielball des Konflikts zwischen Belarus und der EU geworden.

Daraufhin versucht z. B. Polen die Einreise mit illegalen Mitteln wie Pushbacks und körperlicher Gewalt zu stoppen und nimmt dafür Tote in Kauf. Die polnische Regierung hat schon angekündigt „den Stacheldrahtzaun an der Grenze durch etwas Solideres zu ersetzen“, berichtet Spiegel Online am 13. Oktober 2021. Das neue Ausländerrecht in Polen erlaubt eine schnellere Abschiebung. Demnach darf der Grenzschutzbeamte sofort nach der Feststellung des unerlaubten Grenzübertretts die Personen des Landes verweisen (FAZ, 26. Oktober 2021). Auf der Fluchtroute über Belarus und Polen sind nach Angaben der Bundespolizei seit August schon mehr als 4.300 Menschen nach Deutschland eingereist (Zeit Online, 13. Oktober 2021).

Am 19. Oktober 2021 berichtete der Spiegel Online von zwei toten Geflüchteten auf einer anderen Route nahe der ungarischen Grenze, die bei einer Kontrolle eines Kleinbusses mit 30 eingepferchten Menschen entdeckt worden sind.

Zurzeit steigt die feindselige Stimmung gegenüber den Geflüchteten in Europa. Die Gewalt, Erniedrigung, Pushbacks und Zerstörung von Eigentum gehören inzwischen zur Normalität. Die Behörden unternehmen nichts dagegen. Der aggressive Aufbau der EU-Außengrenzen durch ein brutales Pushbackregime, digitale Überwachung, Grenzzäune, Militarisierung der Grenzen und Kriminalisierung von Seenotrettung blockiert sichere Fluchtwege nach Europa und stürzt Schutzsuchende in Elend und Lebensgefahren.



Cevahir Hopf-Ünlütepe ist Mitarbeiter im Projekt Souverän beim Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein.